

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Ausgabeorten 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. wöchentlich. Einzelnummern 10 Pf. Die Wochenblätter für Wilsdruff u. Umgegend 10 Pf. wöchentlich. Die Wochenblätter für die Umgegend 15 Pf. wöchentlich. Die Wochenblätter für die Umgegend 15 Pf. wöchentlich. Die Wochenblätter für die Umgegend 15 Pf. wöchentlich.

Angabenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 3-spaltige Reklamazeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 227 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 29. Sept. 1930

Das Dreizehnmontatsjahr.

Ein neuer Kalender in Sicht.
Die Frage der Kalenderreform, die schon so oft angeschnitten worden ist, scheint nunmehr brennend geworden zu sein. Wenn sich schon der Völkerverbund damit befaßt, ist es höchste Zeit, daß auch wir uns die Sache ein bißchen durch den Kopf gehen lassen. Daß unser Kalender nicht musterhaft ist, steht für alle Einsichtigen schon seit langem fest. Das Jahr hat bekanntlich 365 Tage und noch eine Kleinigkeit darüber. Mit 364 Tagen ließe sich gut haushalten, denn das sind genau 52 Wochen. Was fangen wir aber mit dem 365. Tage, zu dem im Schaltjahre sogar noch ein 366. hinzukommt, an? Der 365. verdirbt uns die ganze glatte Rechnung, denn er hat zur Folge, daß in irgendeinem Jahre der 1. Januar auf einen Sonntag fällt, im nächsten dann auf einen Montag, im übernächsten auf einen Dienstag und so fort. Und wie es mit dem 1. Januar ist, ist es natürlich auch mit sämtlichen anderen Tagen des Jahres, so daß ein großer Wirrwarr herrscht. Dazu kommt, daß wir jetzt Monate mit bald 30, bald 31 Tagen haben und einen sogar mit 28 und 29, und Wirtschaft, Schule, Sommerfrächter und Gehaltsempfänger haben sehr unter dieser Ungleichheit zu leiden. Wie anders wäre es, wenn sämtliche Monate gleich viel Tage hätten! Mit vier Wochen oder 28 Tagen ließe sich das sehr gut machen, aber dann hätten wir so viele überschüssige Tage, daß wir einen neuen, also einen dreizehnten Monat daraus machen müßten. Es ist auch wirklich einer da, der das machen möchte: 13 Monate mit je 28 Tagen — so lautet sein Reformvorschlag. In jedem Jahre fielen dann jedes Monatsdatum immer auf den gleichen Tag. Wäre also der 1. Januar 1932 ein Dienstag, so wäre auch der 1. Januar 1933 ein Dienstag und der 1. Januar 1934 ein Dienstag und so fort bis in alle Ewigkeit. Man könnte sich also z. B. mit seinem Geburtstag niemals irren, denn man würde permanent an denselben Tage der Woche Geburtstag feiern. Aber, wie gesagt, das wären dann dreizehn Monate, und das wäre wegen der Miete mangelhaft, denn man müßte sie dann dreizehnmals zahlen. Allerdings: man würde auch dreizehnmals Gehalt bekommen, vorausgesetzt, daß man so was zu fordern hätte. Und dann bliebe immer noch der 365. Tag. Aber der läßt sich gut unterbringen: man setzt ihn einfach irgendwo — am besten wäre es der 1. Januar — als Jahrestag ein und rechnet ihn sozusagen gar nicht erst als Wochentag mit, d. h. er bekommt keinen bestimmten Namen. Und in Schaltjahren macht man das mit dem Schalttag ebenso — auch der bekommt keinen Wochentagsnamen.

Das ist die eine Lösung, aber — um es gleich zu sagen — sie hat keine Aussicht, angenommen zu werden, schon wegen der ominösen Zahl 13. Weit aussichtsreicher erscheint der zweite Vorschlag, der den Jahresanfang zwar auch immer auf einen namenlosen Jahrestag festlegt, im übrigen aber es bei zwölf Monaten mit vier gleich langen Vierteljahren beläßt. Jedes Vierteljahr bestünde wie jetzt aus drei Monaten, von denen die beiden ersten immer je 30 Tage zählen würden, der dritte aber 31. Aber es ist bei all diesen Dingen noch eine Extrawichtigkeit zu überwinden: die Festlegung des Osterfestes, nach dem sich bekanntlich auch das Pfingstfest zu richten hat. Jetzt ist es so, daß Ostern infolge einer kuriosen Berechnung, bei der die Frühlingstagundnachtgleiche eine Rolle spielt, zwischen dem 22. März und dem 25. April sein kann, was einen Kludelmudel sondergleichen ergibt, da alles, was sich im Leben nach dem Osterfest richten muß, großen Schwankungen unterworfen ist. Die Reformen aber wünschen, daß das Osterfest ein für allemal auf den zweiten Aprilsonntag falle, Pfingsten also stets in die erste Junihälfte, so daß es dann wirklich ein liebliches Fest wäre. Hier hat die Sache aber einen Haken insofern, als da auch die Kirche ein Wort mitzureden hätte. Aber man behauptet, daß sogar der Papst einer solchen Reform durchaus nicht abgeneigt wäre. Wie es heißt, soll das nächste stammenische Konzil darüber entscheiden, und dann würde der Völkerverbund — angeblich schon im nächsten Jahre — an die Bearbeitung des Zukunftskalenders gehen. Bis dahin bleibt es natürlich beim alten, und an den zwölfmal Miete und zwölfmal Gehalt ändert sich auch nichts!

Prinz Leopold von Bayern gestorben.

München, 29. September.
Prinz Leopold von Bayern ist am Sonntag abend 7.40 Uhr im Leuchtenberg-Palais an Altersschwäche sanft entschlafen. Der Prinz stand bereits im 85. Lebensjahr. Nach unbestätigten Gerüchten soll er einer beginnenden Lungenentzündung erlegen sein.

Prinz Leopold von Bayern wurde am 9. Februar 1846 als zweiter Sohn des nachmaligen Regenten Luitpold geboren. Er nahm an den Feldzügen von 1866 und 1870 teil. 1915 wurde er Generalfeldmarschall. Im Juni desselben Jahres wurde er zur Führung einer Armee gegen Rußland berufen, mit der er Warschau eroberte. Nachdem der weitere Vormarsch zum Stehen gekommen war, wurde er an Stelle Hindenburgs Oberbefehlshaber im Osten.

Das Regierungsprogramm fertiggestellt

Einstimmigkeit im Reichskabinett

Die Beratungen des Reichskabinetts über ein Gesamtprogramm wurden zu Ende geführt. Die mehrtägigen eingehenden Verhandlungen unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Hinzuziehung des Reichsbankpräsidenten Dr. Lohse und des preussischen Finanzministers Dr. Hüppler-Wschhoff führten zu einstimmigen Entscheidungen des Reichskabinetts. Auf Grund dieser Beschlüsse wurde die technische Zusammenstellung des aus zahlreichen Einzelproblemen bestehenden Gesamtprogramms fertiggestellt. Eine abschließende Kabinettsitzung zur Verabschiedung der formulierten Vorschläge ist für Montag vorgesehen; eine öffentliche Verlautbarung der Regierung über das Gesamtprogramm erfolgt im Laufe des Dienstag.

Die Absichten der Regierung.

Das Programm, das schwerwiegende Bedeutung für die nächste Zukunft unserer Wirtschaft und unserer Politik gewinnen wird, dürfte nach Mitteilungen unterrichteter Kreise in großen Umrissen folgendes enthalten:

Sparlichkeit ist der Hauptgrundsatz, nach dem der neue Haushaltsplan aufgestellt ist. Erneute Wüßrische in Höhe von etwa 160 Millionen Mark sollen vorgenommen werden sein. Ferner soll die Arbeitslosenversicherung auf eigene Füße gestellt werden,

d. h. die bisherigen Zuschüsse des Reiches an die Arbeitslosenversicherung sollen von Beginn des nächsten Haushaltsjahres ab, also beginnend mit dem 1. April 1931, vollkommen aufhören. Daraus erklärt sich auch die scharfe Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf zwei Prozent, und zwar von 4% auf 6% Prozent.

Das Wichtigste aber dürfte die bei den Personalausgaben geplanten Ersparnisse sein.

Die Beamtengehälter, die bis zum 1. April dem Notopfer in Höhe von 2% Prozent unterliegen, sollen dafür vom 1. April ab allgemein um durchschnittlich fünf Prozent gekürzt werden.

Rechtsregierung in Braunschweig.

Ergebnisse.
In Braunschweig, wo am 14. September auch der Landtag neu gewählt worden ist, haben die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien sich mit den Nationalsozialisten darauf geeinigt, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Das Kabinett, das bisher aus drei Mitgliedern bestand, soll in Zukunft nur noch aus zwei Ministern bestehen. Hierfür präsentieren die Bürgerlichen den früheren braunschweigischen Finanzminister Dr. Rückenthal (Dm. Vp.), während die Nationalsozialisten den Landgerichtsrat Dr. Franzen vorschlagen. Ob der Landtag, in dem die entscheidende Stimme der Staatspartei (einem Jungdeutschen) zufällt (20 gegen 20), zustimmt, ist wahrscheinlich, jedoch noch nicht sicher.

Das Programm, das von den Regierungsparteien aufgestellt wurde, enthält eine Anzahl in Aussicht genommener Forderungen, die auf Ersparnisse gerichtet sind. Der Bürgerblock fordert eine genaue Nachprüfung der Frage, ob das Land Braunschweig noch als lebensfähig angesehen werden könne. Außerdem wird die Herabsetzung sämtlicher Gehälter der Gruppe „Einzelgehälter“ einschließlich der Ministergehälter um 10 Prozent gefordert.

Litauen bestreiten das Recht der Memel

Antwort von Dr. Curtius.

Der Völkerverbund hat einstimmig beschlossen, die von der deutschen Regierung vorgebrachte Memelbeschwerde auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung des Völkerverbundes zu setzen. Zum Berichterstatter wurde Hambro-Korwegen ernannt, der in der nächsten Woche dem Rat zu berichten hat. Der litauische Außenminister erklärte, daß nach dem Pariser Abkommen von 1924 die Memelländer kein Recht hätten, über die Verwaltung des Memelgebietes eine Beschwerde vor den Rat zu bringen. Litauen müsse feststellen, daß die Entscheidung des Juristenausschusses diese beiden Punkte nicht berührt hätte und lehne deshalb seine Entscheidung ab. Diesmal will Litauen, nach Aussage des litauischen Außenministers, verhandeln, in späteren Fällen aber nicht mehr.

Reichsaußenminister Curtius stellte fest, daß aus der Erklärung des litauischen Außenministers von praktischer Bedeutung lediglich das Einverständnis sei, die Memelbeschwerde auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung zu setzen. Er lehnte sodann ausdrücklich die Stellungnahme Litauens ab, in der das Recht der Memelländer bestritten wird, sich an Mitglieder des Völkerverbundes zu wenden. Den Angriff der litauischen Regierung gegen das Recht müsse er aufs nachdrücklichste zurückweisen.

den, und zwar soll diese Maßnahme solange in Kraft bleiben, bis eine normale Finanzlage wiederhergestellt worden ist. Es heißt andererseits, daß bei einer Kürzung der Gehälter eine

Freigrenze bis zu 2000 Mark

Jahreseinkommen gezogen worden ist. Von hier aus soll die Kürzung gestaffelt eintreten, und zwar beginnend mit fünf Prozent ansteigend auf 7 1/2 Prozent und noch mehr für die höchsten Gehälter.

Weitere erhebliche Ersparnisse erwartet man von einer Vereinfachung des komplizierten Steuersystems.

Ein Teil der Hauszinssteuer soll ferner, wie verlautet,

zur Senkung der Realsteuern herangezogen werden, also für andere Zwecke als für den Wohnungsbau verwendet werden.

Schließlich ist eine

Reform der Wohnungszwangswirtschaft geplant. Die Wohnungszwangswirtschaft soll allmählich abgebaut werden. Die Hauszinssteuer würde also in den nächsten Jahren verschwinden und die Festsetzung der Mieten der freien Vereinbarung zwischen Hausbesitzern und Mietern überlassen werden.

Zur Abdeckung des Fehlbetrages dürfte das Reich einen

Aberbrückungskredit in Höhe von wahrscheinlich 900 Millionen Mark aufnehmen. Dies ist erforderlich geworden durch Steuerausfälle von 600 Millionen und einen Mehraufwand von 300 Millionen Mark für die Arbeitslosenversicherung. Der Kredit würde 1931 und 1932 abzutragen sein.

Ein 577. Reichstagsmitglied.

Zuwachs der Kommunisten.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses der Reichstagswahlen die Zahl der gültigen Stimmen auf 34 956 723 erhöht. Die Gesamtzahl der Abgeordneten wird daher 577 statt 576 betragen. Das neue Mandat fällt den Kommunisten zu, die somit mit 77 Abgeordneten vertreten sein werden.

Ein Verständigungsversuch.

Zwischen Curtius und dem litauischen Außenminister Jannius hat im Anschluß an die Ratssitzung eine längere Unterredung stattgefunden, in der erneut die Forderung der beiden Hauptpunkte der Memelbeschwerde (parlamentarische Bildung des Memeldirektoriums und Enthaltung jeder Wahlbeeinflussung) aufgeworfen worden ist. In direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der litauischen Regierung soll in den nächsten Tagen versucht werden, von der litauischen Regierung Garantien zu erhalten, durch die die Erfüllung der beiden deutschen Hauptforderungen sichergestellt werden soll.

Die Notrufe aus Oberschlesien.

Ohne Aussprache beschloß der Völkerverbund, über die seit 1927 vor dem Völkerverbund schwebende Beschwerde des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien wegen der Zulassung zu den Minderheitenschulen in Oberschlesien ein Rechtsgutachten des Internationalen Saager Gerichtshofes einzuholen. Dieses Gutachten soll sich sowohl auf die vorliegende Beschwerde des Deutschen Volksbundes beziehen, die die bisher immer noch nicht erfolgte Zulassung von 60 deutschen Kindern zu den obersteleischen Minderheitenschulen zum Gegenstand hat, als auch auf die grundsätzliche Frage der Zulassung zu den Minderheitenschulen. Der Bericht hebt hervor, daß der Präsident des deutsch-polnischen Gemischten Schiedsgerichtshofes in Oberschlesien, Calonder, die Zulassung der 60 Kinder zu den Minderheitenschulen als rechtmäßig anerkannt hat. In der Sitzung des Völkerverbundes wurde ein Schreiben Calonders bekanntgegeben, mit dem er sein Rücktrittsgesuch zurückzieht. Der Rat beschloß einstimmig, Calonder seinen Dank für diesen Entschluß auszusprechen.

Wirtschaftspolitische Fragen.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß der Völkerverbundsversammlung hat einen eingehenden Bericht ausgearbeitet, der ein großes wirtschaftspolitisches Programm enthält. Der Bericht ist auf der Forderung nach enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit vor allem der europäischen Staaten aufgebaut. Er sieht darin den einzigen Weg zur Gesundung und Rettung der Wirtschaft. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles nennt der Bericht eine regionale wirtschaftliche Verständigung der einzelnen Wirtschaftsgruppen, Regelung der Zolltariffrage, Nationalisierung der Arbeitsbeschäftigungskaufleute, Regelung des internationalen